

"In der Falle" in Der Spiegel (10. April 2006)

Quelle: Der Spiegel. 10.04.2006, n° 15. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"in_der_falle"_in_der_spiegel_10_april_2006-de-5361ce24-065e-49f0-ac4f-abea467f3343.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

In der Falle

Die EU soll wachsen, um Bulgarien und Rumänien - zwei Staaten, durchsetzt von Mafia und Korruption.

Der englische Konservative Geoffrey van Orden ist kein Freund des engen europäischen Clublebens. Er sitze doch nicht im EU-Parlament, „um Europa voranzubringen“, sagt er, „sondern um britische Interessen durchzusetzen“. Dazu zählt derzeit auch die zügige Aufnahme von Bulgarien und Rumänien.

Dafür hat der frühere Brigadegeneral Ihrer Majestät vorige Woche im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments wieder heftig geworben. „Natürlich“, räumte er ein, als er auf Widerstand stieß, könne man die Fortschritte in diesen Ländern unterschiedlich interpretieren: „Das Glas ist für manche halb leer, für andere halb voll.“

Da mischte sich Daniel Cohn-Bendit, der Wortführer der Grünen, ein. Es gehe nicht um halb leer oder halb voll, entscheidend sei, „der Inhalt ist vergiftet“.

So sehen es etliche Bürger Europas, so sehen es Parlamentarier aus allen Fraktionen und auch Fachleute der Brüsseler Kommission. Trotz alledem werden die Problemländer Bulgarien und Rumänien wohl schon in gut acht Monaten feierlich als neue EU-Mitglieder begrüßt werden.

„Ein Irrwitz“, stöhnt der Sozialdemokrat Klaus Hänsch, „Europa sitzt in der Falle“, assistiert der Christsoziale Markus Ferber. Weil keiner „den Schwarzen Peter des Neinsagers“ haben wollte, nickten die Parlamentarier, ebenso wie die Staats- und Regierungschefs, jahrelang alles ab, was ihnen die wachstumseuphorische Kommission vorlegte. „Jetzt“, sagt Ferber, „kommen wir nicht mehr raus.“

Während der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn den Rumänen immerhin „Fortschritte“ im Kampf gegen die Korruption und die Mafia bescheinigt und Ermittlungen gegen den früheren Ministerpräsidenten Adrian Nastase oder andere Polit-Größen als Hoffnungszeichen wertet, fällt das Resümee für Bulgarien vernichtend aus: Der Kampf gegen die bis in höchste politische Kreise verankerte Organisierte Kriminalität kommt nicht voran. 140 Mafia-Morde soll es im vorigen Jahr gegeben haben, nur in seltenen Fällen ermitteln die Behörden überhaupt. Die Wirtschaft, so westliche Beobachter, werde von halbseidenen Seilschaften kontrolliert.

Mit einem „besorgniserregenden“ Befund kehrte die Kölner Richterin Susette Schuster von einer Bulgarien-Mission im EU-Auftrag zurück: Das Rechtssystem sei konfus, die Justizreformen chaotisch, das Vertrauen der Bürger in den Staat schwach, die Korruption weit verbreitet.

Diskret wandten sich zudem Beamte der europäischen Justizbehörde Eurojust an Brüsseler Parlamentarier. Sie befürchten, dass ihr Kampf gegen Terrorismus, Drogen-, Waffen- oder Kinderhandel erschwert werde, „wenn Zuträger der kriminellen Banden“ demnächst Zugang zu allen Akten hätten. Leute, die einst im Auftrag des kommunistischen Staatsapparats mit Rauschgift dealten, besetzten heute Schlüsselpositionen in Polizei, Justiz und Politik. Sie würden dann auch über die Verwendung von 2,3 Milliarden Euro mitbefinden, die Bulgarien in den kommenden drei Jahren als Brüsseler Subventionen erhalten.

Alle Bedenken, alle Warnungen kommen zu spät. Am vorigen Mittwoch brachte die Berliner Regierung - als letzte im Kreise der 25er Gemeinschaft - das Ratifizierungsgesetz für den Beitritt der beiden Balkanländer auf den Weg. Im Herbst sollen Bundestag und Bundesrat darüber beschließen. Beruhigend versicherte der deutsche Regierungssprecher Ulrich Wilhelm, das sei „keine Vorentscheidung für den Beitritt“, die Bundesregierung werde die Fortschritte in den Ländern kritisch prüfen. So sagen sie es auch in Brüssel. Aber der Beitritt ist beschlossene Sache.

Sämtliche 25 EU-Regierungen haben ihn staatsrechtlich verbindlich unterschrieben, das Europäische Parlament stimmte zu. Allenfalls kann die EU die zwei Neuen ein Jahr länger draußen halten, aber selbst dafür wäre im Fall Rumäniens eine Zweidrittelmehrheit, im Fall Bulgariens sogar ein einstimmiger

Beschluss der Staats- und Regierungschefs nötig - und den wird es nicht geben, dafür sorgen Polen, Briten und andere.

Die Kommission will Mitte Mai offiziell vorschlagen, Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 in die EU aufzunehmen.

Aus den Hauptstädten kamen zustimmende Signale: Keine Regierung erwägt Einspruch.

„Um das Schlimmste zu verhindern“, arbeitet der christdemokratische deutsche Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, Elmar Brok, nun an einer Allianz „für den Tag danach“: Auch nach dem Beitritt sollen beide Länder drei Jahre lang unter Beobachtung stehen. Überall dort, wo sie europäische Standards nicht erfüllen, sollen sie partiell ausgegrenzt werden: So könnten sie etwa bei Eurojust noch ein Weilchen draußen belassen werden, man könnte auch ihr Stimmrecht im EU-Rat beschränken.

Ob aber Interventionisten wie Brok dafür eine Mehrheit finden? Die Tendenz ist anders: Lieber das Trauerspiel still und schnell beenden - mit der Aufnahme.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP